

RHEINLAND-PFALZ

Kooperation gegen den Krebs

Auf Einladung von Sozialminister Dr. Georg Gölder haben die für die Krebsbekämpfung wichtigen Institutionen des Landes bei einer gemeinsamen Besprechung übereinstimmend verstärkte Koordination und Kooperation vereinbart, um das Mißverhältnis zwischen der Krebssterblichkeit und den Fortschritten der Medizin weiter abzubauen.

Der Minister wies dabei darauf hin, daß das im Aufbau befindliche Tumorzentrum in Mainz und die ihm angeschlossenen onkologischen Arbeitskreise in Zukunft eine wichtige Rolle spielen würden. Vor allem müßte man die soziale Betreuung von Krebskranken im ambulanten Bereich weiter ausbauen. WZ

NORDRHEIN-WESTFALEN

Ärztékammer Nordrhein: Krankenhausplanung ein „gigantischer Irrtum“

Einen „gigantischen Irrtum“ in der Krankenhausbedarfsplanung und politische Fehlentscheidungen auf Grund von oft veralteten, im Einzelfall manipulierbaren Bedarfskriterien hat der Präsident der Ärztekammer Nordrhein, Dr. Friedrich-Wilhelm Koch, der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen vorgeworfen und sie gleichzeitig aufgefordert, das Sterben weiterer leistungsfähiger kleinerer Krankenhäuser zu verhindern.

Vor der Kammerversammlung griff Dr. Koch die Krankenhauspolitik des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales scharf an. Die Planungsarbeit des Ministeriums, erklärte Dr. Koch, beruhe auf zwei ungesicherten Positionen, nämlich erstens, daß es in Nordrhein-Westfalen etwa 17 500 überzählige Krankenhausbetten

gäbe, und zweitens, daß das Großkrankenhaus unter medizinischen wie auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten die einzig vernünftige Lösung sei. Beides hält Dr. Koch „im Sinne eines wissenschaftlichen Nachweises für unbewiesen“.

Dr. Koch wies darauf hin, daß es für die heutige Krankenhausbedarfsplanung noch bei weitem nicht genug „harte“ Fakten gibt. Unvorhersehbar seien zum Beispiel die Entwicklung der Morbidität und der Bevölkerungsstruktur, die Einweisungsgewohnheiten der Ärzte, die Entwicklung von Pflege- und Alteinrichtungen, die Dichte und die Leistungsfähigkeit der ambulanten ärztlichen Versorgung sowie die Weiterentwicklung von Medizin und Medizintechnik. Weiter warf Dr. Koch dem Ministerium vor, bei seiner Krankenhausbedarfsplanung Aspekte der ärztlich-medizinischen Leistungsfähigkeit der Häuser, die Bedürfnisse der Patienten nach Betreuung in bestimmten Häusern und schließlich Gesichtspunkte der Humanität im Krankenhaus nicht ausreichend zu berücksichtigen. Man sollte, forderte Dr. Koch, mit der Schließung kleiner Krankenhäuser Schluß machen, wenn sie den erforderlichen Mindeststandard an Ausstattung und personeller Besetzung haben, der den heutigen Vorstellungen über eine medizinische und ärztliche Versorgung voll entspricht. Als „unfaßbar“ und „erschreckend“ bezeichnete es Dr. Koch, daß Grundsatzentscheidungen im Gesundheitswesen ohne volle Mitwirkung von Ärzten getroffen werden könnten. Dies seien deutliche Anzeichen dafür, wie stark wir bereits auf dem Wege zu einer „völligen Gesundheitsbürokratie“ fortgeschritten seien. ÄK-No

Zahl der Kuren gestiegen

Die Zahl der vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe vermittelten

Kuren für Kinder und Jugendliche, Mütter und alte Menschen ist im Jahre 1978 um 904 auf 23 542 gestiegen. Nach Ansicht des Landschaftsverbandes scheint damit der seit 1975 zu beobachtende rückläufige Trend gebrochen zu sein; damals waren 28 611 Kuren vermittelt worden, 1977 waren es fast 6000 weniger. Aus dieser „positiven Entwicklung“ habe der Fachausschuß für Soziales und Gesundheit bereits die Konsequenz gezogen, die Etatmittel für Freikuren bedürftiger Familien für 1979 auf 525 000 DM aufzustocken. LV-WL

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Mehr Arzthelferinnen

Trotz steigendem Kostendruck hat sich die Zahl der Auszubildenden bei den niedergelassenen Ärzten wiederum erhöht.

Nach Mitteilung der Ärztekammer Schleswig-Holstein sind bis zum 15. September für das Ausbildungsjahr 1978/79 insgesamt 738 abgeschlossene Auszubildende registriert worden. Im Verhältnis zu der Zahl der niedergelassenen Ärzte in Schleswig-Holstein ist dies ein überdurchschnittlicher Zugang. Ihr Auszubildendenverhältnis beendet haben im letzten Jahr 689 Arzthelferinnen. Von ihnen bestanden alle bis auf 38 (5,5 Prozent) das Examen. yn

BERLIN

Weniger als 30 Prozent sind Allgemeinmediziner

In den letzten zwei Jahren hat die Zahl der niedergelassenen Ärzte, die in West-Berlin die kassenärztliche Versorgung sicherstellen, um 5,8 Prozent zugenommen. Während jedoch bei den Fachärzten eine Zunahme von 10,7 Prozent zu verzeichnen war, ging die Zahl der praktischen Ärzte beziehungsweise

se der Ärzte für Allgemeinmedizin um 4,4 Prozent zurück. Ende des vergangenen Jahres waren von 2794 niedergelassenen Ärzten nur noch 822 praktische beziehungsweise Ärzte für Allgemeinmedizin [das sind weniger als 30 Prozent der Gesamtzahl; DÄ].

Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin, Dr. Peter Krein, der diese Zahlen in einer Pressekonferenz bekanntgab, wies darauf hin, daß die fortlaufende Verbesserung der ärztlichen Versorgung – also die günstige Entwicklung der Arztdichte – in West-Berlin nicht nur auf die Zunahme an Kassenärzten, sondern vor allem auf die rückläufige Entwicklung der Bevölkerung zurückzuführen sei. zel

HAMBURG

KV fordert Reform der ärztlichen Ausbildung

In einer EntschlieÙung, die ausdrücklich auf die Übereinstimmung mit den entsprechenden Beschlüssen der Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen vom 10. Oktober 1978 Bezug nimmt, hat die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg Mitte Dezember 1978 vor der Gefahr gewarnt, daß die gegenwärtige Ausbildungsordnung und die Hochrechnung der Arztzahlen zu ungenügend ausgebildeten Ärzten führen müssen. Eine solche Entwicklung sei weder aus gesundheitspolitischen noch aus wirtschaftlichen Gründen zu verantworten.

Die Vertreterversammlung der KV Hamburg appellierte in ihrer Resolution an alle Parteien, die in einem Vier-Punkte-Programm zusammengefaÙten folgenden Maßnahmen einzuleiten:

Neue Auswahlkriterien müÙten gewährleisten, daß nicht nur „wirklichkeitsfremde Theoretiker“, sondern auch „zukünftige Hausärzte

BLÜTENLESE

Vom Anfang

„Was vor Zeiten noch war ein sicher gegründetes Erdreich, wurde dann Meer, und dem Schoß der Fluten entstiegen die Länder; fern vom Gestade der Wogen erschienen nun glänzende Muscheln.“ (Ovidius, 41 v. Chr.–18 n. Chr.)

„Einst sah ich hoch im Gebirge Muscheln mitten im Gestein. Ich bin ganz sicher, daß es Schalen von Meeremuscheln waren. Die Gesteine sind also einstmals Meereston gewesen. Ich weiß daher, daß Tieferes zu Höherem und daß Weiches zu hartem Gestein geworden ist.“ (Shusi, um 1200 v. Chr.)

„Was für ein gewöhnlich Ding eine verfaulte Muschel auch sein mag, so sind diese Denkmäler der Natur doch

sicherere Zeichen des Altertums als Münzen und Medaillen, . . . und wenn es in der Tat recht schwierig ist, die Schriftzüge der Natur zu lesen, eine Chronologie aufzustellen und die zeitlichen Zwischenräume zu bestimmen . . ., so ist es doch nicht unmöglich.“ (Robert Hooke, 1635–1703; Hooke, der Entdecker des Elastizitätsgesetzes, erkannte die Konstanz des Schmelz- und Siedepunktes der Stoffe)

„Fossilien sind seit langem als große Kuriositäten studiert . . . Dies taten Tausende, die niemals auch nur im geringsten die wundervolle Ordnung und Regelmäßigkeiten beachteten, mit der die Natur diese sonderbaren Erzeugnisse verteilt und jeder Klasse ihre besondere Schicht zugewiesen hat.“ (William Smith, 1769–1839, Begründer der Stratigraphie)

mit der notwendigen menschlichen Zuwendung zum Patienten“ Medizin studieren können;

die Approbationsordnung sollte so geändert werden, daß die jungen Ärzte auf Grund einer schon während des Studiums absolvierten ausreichenden praktischen Tätigkeit in der Lage sind, qualifiziert und vollverantwortlich ärztlich tätig zu sein;

als Übergang (bis eine geänderte Approbationsordnung sich auswirken kann) sollte – entsprechend den Vorschlägen der Konzertierte Aktion – eine zweijährige Vorbereitungszeit vor der Niederlassung in die Kassenpraxis eingeführt werden;

in den Krankenhäusern sollten Wechselassistentenstellen für die Weiterbildung zum Allgemeinarzt auch im klinischen Bereich zur Verfügung gestellt werden. KV-H

HESSEN

CDU: „Nachsterblichkeit“ bei Säuglingen analysieren

Auf die relative Zunahme der „Nachsterblichkeit“ bei Säuglingen – die Sterblichkeit in der Zeit vom 28. Lebenstag bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres – hat die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Ruth Beckmann, hingewiesen. Wie Frau Beckmann erklärte, habe diese „Nachsterblichkeit“ im Jahre 1967 etwa ein Fünftel der gesamten Säuglingssterblichkeit betragen; 1976 erreichte sie aber bereits einen Anteil von fast einem Drittel. Frau Beckmann schlägt vor, diese Entwicklung sorgfältig zu analysieren, damit man entsprechende sozialmedizinische Gegenmaßnahmen treffen kann. EB